

Protokoll

Sitzung vom 3. Dezember 2024

Vorsitz	Pascal Furer (SVP)
Teilnehmend	Pascal Furer (SVP) Frank Albrecht (SVP) Urs Allenspach (SVP) Werner Bischofberger (SP) Marco Broger (SP) Matthias Ebnetter (GLP-FLiG) Elmar Hardegger (Die Mitte) Andreas Helfenberger (Die Mitte) Kurt Jau (SVP) Lukas Kessler (FDP) Florian Kobler (SP) Ursula Kobler (FDP) Claudia Kretz Büsser (FDP) Alois Künzle (SVP) Thomas Künzle (SVP) Itta Loher (SP) Markus Meister (GLP-FLiG) Andreas Oberholzer (SVP) Roger Pfister (Die Mitte) Markus Rosenberger (SVP) Pakize Sönmez (FDP) Angelo Schwizer (Die Mitte) Martina Uffer (GLP-FLiG) Andrea Rütsche-Schaller (Die Mitte) Pascal Brander (SVP) Marina Schwizer (Die Mitte)
Abwesend	Patrik Mauchle (Die Mitte) Martin Pfister (Die Mitte) Christian Schlegel (GLP-FLiG)
Anwesend Stadtrat	Wolfgang Giella Helen Alder Frei Claudia Martin Stefan Rindlisbacher Florin Scherrer
Abwesend Stadtrat	--
Protokoll	Beatrice Kempf, Stadtschreiberin

Umfang	Dieses Protokoll umfasst die Beschlüsse Nrn. 105/2024 bis 107/2024
Zeit	18.00 – 23.35 Uhr

Protokollgenehmigung

Das Protokoll vom Dienstag, 5. November 2024, wird genehmigt.

Protokoll Nr. 105/2024

2024-969

Sitzung vom 3. Dezember 2024

01.26.830

**Interpellation Markus Rosenberger (SVP) "Verwaltungsstrukturen und Prozesse optimieren; Umgang mit Empfehlungen VBK und Parlament im Budget 2025",
Antwort****I. Grundlagen**

1. Markus Rosenberger (SVP) reichte am 5. November 2024 die von 21 Mitgliedern unterzeichnete Interpellation "Verwaltungsstrukturen und Prozesse optimieren; Umgang mit Empfehlungen VBK und Parlament im Budget 2025" ein.
2. Das Stadtparlament hat diese am 5. November 2024 als dringlich erklärt.
3. Der Stadtrat hat die Interpellation mit Bericht und Antrag vom 21. November 2024 beantwortet.

II. Erklärung

1. **Markus Rosenberger (SVP):** Die ausführliche Antwort gibt wichtige Einblicke in die bisherigen Aktivitäten und verdeutlicht die komplexe Komplexität der Umsetzung von Empfehlungen und deren Integration in den Budgetprozess. Positiv hervorzuheben sind die realisierten Einsparungen von CHF 450'000, die durch verschiedene Massnahmen erzielt werden konnten. Diese Zahlen belegen das Potenzial von Optimierungen. Damit sind aber meine positiven Rückmeldungen bereits erschöpft.

Zu bemängeln sind unter anderem folgende Punkte: Der Stadtrat hat dem Parlament einen Bericht mit freiwilligen Aufgaben vorgelegt, bei welchen eine Kürzung oder Streichung möglich ist. Dass der Stadtrat dabei auch Aufgaben vorgelegt hat, welche er trotz Empfehlung der VBK und des Parlamentes um keinen Preis streichen will, befremdet sehr. So zum Beispiel beim Gossauer Preis, den Personalnebenleistungen, dem Jugendtreff oder der mobilen Jugendarbeit. Die VBK hätte sich einige Stunden sparen können, wenn uns die Haltung des Stadtrates zu den einzelnen Aufgaben frühzeitig oder zumindest an den Interviews kommuniziert worden wäre. Weiter störend ist, dass vor allem in der Ressortbildung so gut wie keine Bemühungen ersichtlich sind, die Empfehlungen der VBK und des Parlamentes umzusetzen. Entsprechende Aufgaben habe ich bereits im GPK-Austausch dem zuständigen Stadtrat mitgeteilt.

Beim der Musikschule haben die VBK und das Parlament empfohlen, den Beitrag auf CHF 400'000 zu reduzieren. Dass dies möglich ist, haben wir im Gespräch und in den Interviews festgestellt. Im Nachgang zur Parlamentssitzung hat mir der Leiter der Musikschule mitgeteilt, dass die Beitragsreduktion nicht mit geltendem Recht vereinbar sei, da das Kulturfördergesetz des Bundes die Tarife vorgibt und der Zugang zum Musikschulunterricht aufgrund des Volksschulgesetzes gewährleistet sein muss. Die Löhne der Musiklehrpersonen fassen auf den Empfehlungen des Verbandes der St. Galler Volksschulträger. Und nur zwei von 30 Musikschulen haben einen höheren Elterntarif als die Musikschule Fürstenland.

Die Antwort des Stadtrats zeigt aber ganz klar, dass in einzelnen Ressorts Anstrengungen unternommen wurden, um die Empfehlungen von VBK und Parlament umzusetzen. Dennoch bleibt Verbesserungspotenzial in den Bereichen Transparenz, Kommunikation und Koordination. Ich erwarte, dass die Empfehlungen in allen Ressorts nochmals geprüft werden und die Weichen für den Voranschlag 2026 frühzeitig gestellt werden, auch im Ressort Bildung. Ich wünsche keine Diskussion.

2. **Florian Kobler (SP)** wünscht eine Diskussion.

Der Diskussion wird zugestimmt. (10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

III. Diskussion

1. **Florian Kobler (SP):** Die in der Interpellationsantwort erwähnten Massnahmen betreffen die Lebensqualität und haben Einfluss auf das kulturelle und soziale Leben in Gossau. Der Gossauer Preis ist eine Institution, auf die wir stolz sein können. Wir haben nicht viele solche Anlässe in Gossau. Ein anderes Thema ist die Jugendarbeit. In Zeiten, in denen psychischen Krankheiten bei Jugendlichen zunehmen, ist es wichtig, eine gute Jugendarbeit zu haben. Hier darf nicht gespart werden.
2. **Markus Rosenberger (SVP):** Es geht nicht darum, den Gossauer Preis gänzlich und für immer zu streichen. Das haben wir auch mehrfach erwähnt in den Empfehlungen. Es geht darum, den Gürtel zurzeit enger zuzschnallen und da sind wir alle gefordert.

IV. Beschluss

1. Das Parlament nimmt die Antwort des Stadtrates mit Diskussion zur Kenntnis.

Protokoll Nr. 106/2024

2024-230

Sitzung vom 3. Dezember 2024

19.71.100

Budgets 2025; Stadtwerke und Stadthaushalt

I. Grundlagen

1. Grundlagen sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 26. September 2024 mit folgenden Anträgen:

1. Es werden folgende Budgets 2025 genehmigt:
 - a) Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 35'960'000)
 - b) Erfolgsrechnung Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 216'000)
 - c) Festsetzung der Ablieferungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt auf CHF 2 Mio.
 - d) Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 14'921'000)
 - e) Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 299'000)
2. Die Steuersätze für das Jahr 2025 werden wie folgt festgelegt:
 - a) Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)
 - b) Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

2. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) stellt am 25. November 2024 folgende Anträge:

1. Folgende Posten der vom Stadtrat am 26. September 2024 erlassenen Budgets seien ersatzlos zu streichen bzw. zu reduzieren:

Erfolgsrechnung Stadthaushalt

- a) Streichung «Zusätzliche Stelle im Unterhaltsdienst» (IAFP, S.18);
- b) Streichung «Erhöhung Entschädigungen Parlament und Kommissionen» (IAFP, S.18);
- c) Reduktion «Kommunikation Legislaturplanung» von CHF 30'000 um CHF 10'000 auf CHF 20'000 (IAFP, S.18);
- d) Streichung «Funktionszulagen», «Mehraufwand Treueprämien» und «Externes Case Management» nach neuem Personalrecht (IAFP, S. 18);
- e) Streichung «Biodiversität» (IAFP, S. 18);
- f) Reduktion «GESAK-Update» von CHF 75'000 um CHF 30'000 auf neu CHF 45'000 (IAFP, S. 19);

Investitionsrechnung Stadthaushalt

- g) Streichung «Sporthalle Buechenwald; Grillstation» (IAFP, S.173)

2. Unter Anpassung gemäss Antrag 1 seien die vom Stadtrat am 26. September 2024 erlassene Erfolgsrechnung der Stadtwerke, Investitionsrechnung der Stadtwerke, Festsetzung der Ablieferungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt, Erfolgsrechnung Stadthaushalt und Investitionsrechnung Stadthaushalt zu genehmigen.

II. Eintretensdiskussion

1. **Angelo Schwizer (Die Mitte), Präsident GPK**, verliest den Bericht der GPK mit folgenden Anträgen:

1. Folgende Posten der vom Stadtrat am 26. September 2024 erlassenen Budgets seien ersatzlos zu streichen bzw. zu reduzieren:

Erfolgsrechnung Stadthaushalt

- a) Aufnahme «externe Analyse zur Sanierung des Stadthaushaltes» von CHF 65'000 im Sachaufwand

- b) Streichung «Zusätzliche Stelle im Unterhaltsdienst» und entsprechende Reduktion von CHF 92'600 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)
- c) Streichung «Erhöhung Entschädigungen an Parlament und Kommissionen» und entsprechende Reduktion von CHF 14'000 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)
- d) Reduktion «Kommunikation Legislaturplanung» von CHF 30'000 um CHF 10'000 auf CHF 20'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 18)
- e) Streichung «Funktionszulagen», «Mehraufwand Treueprämien», «Externes Case Management» nach neuem Personalrecht und entsprechende Reduktion von CHF 70'000 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)
- f) Streichung «Biodiversität» und entsprechende Reduktion von CHF 40'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 18)
- g) Reduktion «GESAK-Update» von CHF 75'000 um CHF 30'000 auf CHF 45'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 19)
- h) Reduktion «Quote für den Teuerungsausgleich» von 1,9 % um 1,3 % auf 0,6 % und entsprechende Reduktion von CHF 304'137 im Personalaufwand (IAFP, S. 21)

Investitionsrechnung Stadthaushalt

- a) Streichung «Rathaus, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)
 - b) Streichung «Kindergarten Bachstrasse, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)
 - c) Streichung «SH Othmar, Erneuerung» (IAFP, S.3.61)
 - d) Streichung «Sportwelt Modul 2» (IAFP, S. 161)
 - e) Streichung «Sporthalle Buechenwald, Grillstation» (IAFP, S. 161)
 - f) Streichung «Familienzentrum» (IAFP, S. 161)
 - g) Streichung «Bahnhofstrasse; Bahnhof-Bachstrasse») und «Bahnhofstrasse; Bachstrasse-St.Gallerstrasse»; «Quellenhofstrasse; Bahnhofstrasse-Lindenwiesstrasse» (je IAFP, S. 162) und «Bahnhofstrasse, gestalterische Massnahmen» (IAFP, S. 163)
 - h) Streichung «Tellstrasse; Kreuzung Haldenstrasse-Höhenweg» (IAFP, S. 162)
 - i) Streichung «Parkplatzbewirtschaftung, Anpassung» (IAFP, S. 162)
 - j) Streichung «Parkleitsystem: Einführung» (IAFP, S. 162)
 - k) Streichung «Wiesenbach; Rückhaltebecken» (IAFP, S. 163)
 - l) Streichung «Stadtklima: Massnahmen Klimaanpassung; Konzept; Definieren von komm. Klimazielen» (IAFP, S. 163)
 - m) Streichung «Schulhaus Gallus, Pausenplatz» (IAFP, S.164)
 - n) Streichung «TH Lindenberg; Teilsanierung» (IAFP, S. 164)
 - o) Streichung «SH Lindenberg; Erneuerung» (IAFP, S. 164)
2. Unter Anpassung der einzelnen Posten gemäss obenstehenden Anträgen (einzeln oder gesamt) seien die vom Stadtrat am 26. September 2024 erlassene Erfolgsrechnung der Stadtwerke, Investitionsrechnung der Stadtwerke, Festsetzung der Ablieferungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt, Erfolgsrechnung Stadthaushalt und Investitionsrechnung Stadthaushalt zu genehmigen.
 3. Der Gemeindesteuersatz sei auf 116 % und der Grundsteuersatz auf 0,6 % festzusetzen.
 4. Bis diese Analysen, Fakten und Sanierungsvorschläge vorliegen, ist naturgemäss ein Marschhalt notwendig. In der Zwischenzeit sind weder neue Ausgaben zu tätigen noch ist mit der Planung neuer Projekte zu beginnen. Erst auf der Basis der Analyse und der vorgeschlagenen Sanierungsvorschläge kann alles Weitere diskutiert und entschieden werden.
2. **Florian Kobler (SP):** Warum erfahren die Mitglieder des Parlamentes heute das erste Mal von diesen Anträgen? Können Sie bitte dazu Stellung nehmen, danke.
 3. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Die GPK hat das Budget 2025 Anfang Oktober zu Beginn der Ferienzeit erhalten. Im Nachgang an die Aussprache mit dem Stadtrat mussten entsprechende Abklärungen getätigt werden. Auf Anfrage, ob die GPK das Budget früher erhalten könne, hat der Stadtrat entgegnet, dass am verabschiedeten Zeitplan festgehalten werde.

4. **Florian Kobler (SP):** Ich muss mich als Fraktionspräsident meiner Fraktion austauschen und stelle deshalb einen Ordnungsantrag für eine Sitzungsunterbrechung.
5. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Ich finde es in Ordnung, dass die GPK Zähne zeigt und denke, dass die GPK die Anträge in der Detailberatung nochmals stellen wird und wir diese dort beraten können.
6. **Markus Rosenberger (SVP):** Es ist ja nicht so, dass alle Anträge erst heute auf dem Tisch liegen. Ich möchte daran erinnern, dass die Anträge aus der Erfolgsrechnung dem Parlament schon länger bekannt sind. Es sind nur die Streichungsanträge aus der Investitionsrechnung, die vorgängig der Sitzung nicht bekannt waren.

Die Sitzungsunterbrechung wird abgelehnt. (12 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

7. **Pakize Sönmez (FDP):** Die FDP vertritt den Grundsatz, dass sinnvolle Investitionen durchaus Kosten verursachen dürfen, aber nicht um jeden Preis. Es ist an der Zeit, dass wir handeln und nicht nur reden. Die Aussichten in der Finanzplanung sind nach wie vor schlecht und wir sehen keine positive Entwicklung.

Stadtpräsident Wolfgang Giella hat es treffend formuliert: Verschuldung, Verzicht und Abbau sowie temporäre Steuererhöhungen sind keine nachhaltigen Lösungen. Das operative Geschäft verschlechtert sich um über CHF 3 Mio. und die Konsumausgaben werden ab 2027 über Bankkredite finanziert werden müssen. Es ist unerlässlich, dass Konsumausgaben nicht durch Kredite gedeckt werden. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass immer neue Geldquellen erschlossen werden können. Was, wenn diese Quellen versiegen?

Die Integration der Stadtbibliothek in den Stadthaushalt verursacht Mehrkosten. Wir warten die Prüfung der VBK ab und sind auf die Ergebnisse gespannt. Die Bildung ist der grösste Posten im Budget und wächst jährlich seit 2018 um 2 Prozent. Bildung ist zwar eine Grundressource in einem ressourcenarmen Land. Trotzdem muss die Kosten-Nutzen-Relation im Auge behalten werden. Der Bildungschef sollte sich im Kanton für eine bezahlbare Bildung stark machen. Die Personalkosten für die Schulführung steigen um 30 Prozent. Dies ist eine Auswirkung der Massnahme, die das Parlament in diesem Jahr genehmigt hat. Daher müssen wir in Zukunft vorsichtig sein, wenn wir im Parlament neue Kosten verursachen. Die Kosten von Grossprojekten wie der Sportwelt müssen in Zukunft genauer kalkuliert und überwacht werden. Auch Kostenalternativen sind jeweils zu prüfen. Auch im sozialen Bereich müssen wir den Gürtel enger schnallen. Permanente Kostensteigerung dürfen wir nicht als normal annehmen. Neue Wünsche sind kritisch zu hinterfragen. Nach Klärung der offenen Fragen im Asylbereich verstehen wir die Zusammensetzung der Zahlen, über die Anzahl Asylsuchende und den Erfolg für eine gelungene Integration. Jedoch sollte inskünftig Details zu den Zahlen der Unterstützungsbedürftigen besser dokumentiert werden. Gleichzeitig müssen wir uns fragen, wie erfolgreich wir in der beruflichen Integration sind. Hier müssen wir unsere Massnahmen überdenken. Die Leistungen im Alter sind zu wenig aufgeschlüsselt, dies bitte in Zukunft verständlicher dokumentieren.

Der Stadtrat ist sich sehr wohl bewusst, dass er die Ausgaben in den Griff bekommen muss. Bewusstsein allein reicht aber nicht. Stadtrat und Parlament müssen nun Taten folgen lassen. Nur so können wir gemeinsam erfolgreich sein. Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass bei den Investitionen die Abrechnungen fehlen. Wir bitten um eine Auflistung der abgerechneten Investitionen. Die FDP Gossau-Arnegg ist für Eintreten.

8. **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Die Mitte Fraktion hat die Budgets eingehend geprüft und beraten. Die finanziellen Aussichten der Stadt Gossau sich leider sehr düster. Das operative Minus von CHF 5,4 Mio. im 2025 kann nur mit dem vorgeschriebenen Bezug aus den Aufwertungsreserven ausgeglichen werden. Noch verheerender sind die Aussichten in den Planjahren 2026-2029. Das operative Ergebnis verschlechtert sich kontinuierlich bis auf minus CHF 9,7 Mio. im Jahr 2029. Das Eigenkapital verringert sich in dieser Zeit von heute 65 % auf noch 40 %! Ohne Aussichten auf Besserung! Ab 2027 belasten insbesondere auch die Abschreibungen und Finanzierungskosten der Sportwelt die Betriebskosten.

Umso unverständlicher ist es, dass der Stadtrat keine Regung erkennen lässt, ernsthaft etwas dagegen zu tun. Seit Jahren werden die düsteren finanziellen Aussichten verharmlost und auf neue Begebenheiten verwiesen, die zuerst abgeklärt werden müssen. In Gesprächen mit dem Stadtrat erhält man den Eindruck, dass

er den Ernst der Lage nicht erkennt oder nicht erkennen will. Vielmehr verfolgen die Mitglieder der Exekutive ihre eigenen Projekte: Ein Zusammenraufen für eine Konsolidierung ist nicht erkennbar.

Das vorliegende Budget wurde im Vergleich zur ersten Variante um CHF 1,6 Mio. auf die beantragten minus TCHF 200 gekürzt, obwohl die auf dem Papier eingesparten Kosten zu einem schönen Teil dennoch anfallen werden. Um des politischen Friedens Willen wird hier einmal mehr nicht klar Stellung bezogen. Wir hätten vom Stadtrat erwartet, dass dieser endlich zum erwarteten Defizit steht und daraus Schlüsse zieht, sprich eine Steuererhöhung beantragt, welche die Mehrausgaben deckt. Einmal mehr wird diese heisse Kartoffel dem Parlament zugespielt.

Immerhin muss festgehalten werden, dass die aufgrund der Demographie seit Jahren stark ansteigenden Kosten in der Schule, Sozialhilfe und vor allem der Pflegefinanzierung grösstenteils gegeben sind. Dagegen fallen sogar die Abschreibungen und Finanzierungen für die grossen Investitionen weniger ins Gewicht. Ein Aufgabenverzicht oder ein Abbau von städtischen Leistungen zur Verbesserung der Finanzlage ist politisch schwer durchsetzbar. Das wissen wir seit den Diskussionen im letzten Jahr, wo selbst geringe Kürzungen einen parlamentarischen und medialen Shitstorm ausgelöst haben, weil ein Teil der Bevölkerung nicht auf freiwillige Aufgaben verzichten will und der Stadtrat keine Sparmöglichkeiten sieht. So bleibt nur eine höhere Verschuldung oder Mehreinnahmen durch Steuererhöhung.

Eine höhere Verschuldung, die der nächsten Generation überlassen wird, sehen wir nicht als zielführend. Somit bliebe noch eine Steuererhöhung. Diese kann mit Verweis auf den immensen Finanzbedarf bei Schulen und im Sozialbereich sogar stichhaltig begründet werden. Es ist im Grunde einfach: Wer alle Leistungen will, muss dafür auch bezahlen!

Gemäss den Planjahren im IAFP ist der Stadthaushalt aber mitnichten im Gleichgewicht. Bereits 2026 rutscht die Stadt in ein negatives Gesamtergebnis von über TCHF 900, bis 2029 kontinuierlich ansteigend bis auf minus TCHF 3,3 Mio! Und dies wohlgemerkt, nach Auflösung der Reserven. Der Cashflow als wichtiger Indikator sinkt bereits ab 2027 auf minus TCHF 130. In den Folgejahren werden noch tiefere Fehlbeträge erwartet. Dies ist verheerend. Ist der Cashflow nämlich im Minus, muss bereits die Erfolgsrechnung, also die Konsumausgaben, mit Krediten finanziert werden! Das ist nicht akzeptabel.

Der Stadtrat muss endlich seine Aufgabe wahrnehmen und die Verwaltung schlanker machen. Es gibt mit Sicherheit in jedem Departement Potential für Effizienzsteigerungen. Wenn ihm dies nicht gelingt, muss er konsequenterweise eine Steuererhöhung ins Auge fassen. Nochmals: Die finanzielle Führung obliegt dem Stadtrat. Aufwand und Ertrag sind im Gleichgewicht zu halten.

Die vorgesehene Inkorporation der Stadtbibliothek ist unter den gegebenen Umständen wohl unumgänglich. Die Aufnahme dieser Aufgabe ins Budget ist daher verständlich, obwohl das Geschäft im Parlament noch hängig ist.

Beim Stellenplan muss endlich Einhalt zum stetigen Personalausbau geboten werden. Die Mitte-Fraktion wird in dieser Sache einen Antrag stellen.

Grosse Bauprojekte müssen endlich priorisiert und zeitlich gestaffelt werden. Stattdessen werden diese bis 2029 Jahr für Jahr scheibchenweise budgetiert, damit die Planungskosten ohne Parlamentsvorlage in der Investitionsrechnung eingestellt werden können. So werden von 2025 bis 2029 etwa für das Rathaus Planungskosten von CHF 1,9 Mio. eingestellt, für das Schulhaus Othmar CHF 2,1 Mio, für das Familienzentrum CHF 4,1 Mio. und für die Raumplanung CHF 4 Mio. Und das alles ohne Parlamentsvorlage und ohne detaillierte Angaben zu den einzelnen Teilbeträgen. Immerhin wurde bereits beim Haus der Kultur ein Stopp eingelegt. Weitere Projekte müssen folgen.

In der Stadtentwicklung, dem Steckenpferd unseres Stadtpräsidenten, werden ohne Ende neue Planungsprojekte angestossen, die allesamt unglaubliche Personalressourcen binden. Unverständlich erscheint uns der kürzlich kommunizierte Start der Arealplanung Bahnhof Nord. Ohne zeitlichen Druck wird hier ein Planungsprojekt für private Industrieflächen gestartet, das notabene noch von der Stadt mitfinanziert wird. Dabei ist die

im Projekt vorgesehene zukünftige Nutzung dieser Flächen gemäss dem neuen Zonenplan noch längst nicht rechtskräftig.

Bei den Stadtwerken unterstützt die Mitte-Fraktion das Ansinnen, die Ablieferung auch für 2025 auf nur CHF 2,0 Mio festzulegen. Die Stadtwerke sind bei den Tarifen aus regulatorischen Gründen in einem engen Korsett gebunden und die finanziellen Aussichten ebenfalls nicht rosig. Die tiefere Ablieferung erlaubt es, das Eigenkapital zu stärken. Die Mitte Fraktion erwartet vom Stadtrat aber auch hier eine verlässliche Aussage über eine zukünftige und nachhaltige Ablieferung. Dies ist für die weitere Planung der Stadtwerke und der Stadt elementar. Wir bitten Sie, das Budget 2025 der Stadt und der Stadtwerke im Grundsatz zu genehmigen. Die von den Fraktionen beantragten Änderungen bleiben vorbehalten. Ebenso seien die Investitionen und die unveränderten Steuersätze zu genehmigen. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten.

9. **Kurt Jau (SVP):** Das Budget 2025 ist aus der Sicht der SVP-Fraktion einmal mehr sehr alarmierend. Gerade in der heutigen, schwierigen Zeit gilt es, Notwendiges von Wünschbarem zu trennen und sich auf das Wesentliche zu fokussieren. Dies bedeutet keinen Fall, auf Investitionen zu verzichten, sondern vielmehr, künftige Ausgaben zu hinterfragen und Optimierungen in den Abläufen und Prozessen anzustreben.

Im integrierten Aufgaben - und Finanzplan 2025-2029 sehen wir bedauernswerterweise einmal mehr, keine spürbare Anstrengung seitens des Stadtrates von Gossau, den Kernaufwand zu reduzieren und das Defizit zu senken. Im Gegenteil der Kernaufwand wächst und wächst und das trotz wiederkehrender Kritik von Seiten des Parlaments. Der budgetierte Anstieg für das Jahr 2025 beträgt 4,4 % also knapp CHF 3,85 Mio. Der Cashflow wurde in den vergangenen Jahren immer kleiner. Dieser Trend soll sich laut dem vorliegenden IAFP 2025 - 2029 fortsetzen und der Cashflow bereits in naher Zukunft negativ werden. Besorgniserregend ist dabei vor allem die Entwicklung des operativen Ergebnisses. Gerne weise ich darauf hin, dass der betriebliche Ertrag in der Tendenz steigend ist, jedoch nicht mit den ausufernden Ausgaben mithalten kann.

Wir geben bei unseren gewöhnlichen Geschäften, also ohne Investitionen oder Finanzierungstätigkeiten, vermehrt mehr Geld aus als wir einnehmen. Mich irritiert, dass sich der Stadtrat diesem Problem bewusst zu sein scheint. Ich zitiere aus dem IAFP 2025 – 2029, S. 32: «Das bedeutet, dass auch die Betriebskosten nicht mehr vollständig selbst finanziert und auch keine Kredite abgebaut werden können.» Trotz dieser Erkenntnis ist der Stadtrat unwillig, entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat mit gutem Beispiel vorangeht und nicht erneut ein so hohes Defizit ausweist. Nahezu jedes Unternehmen muss in der heutigen Situation mit den Finanzen äusserst vorsichtig umgehen und nachhaltig denken respektive planen.

Beim Budget der Stadtwerke befürchtet die SVP-Fraktion trotz eines positiven Gesamtergebnisses dunkle Wolken über dem Werkhof an der Bischofszellerstrasse. Die verschärften Regulierungen, die Umsetzung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien bekannt auch als «Mantelerlass» und eine Tarifsetzung, die nicht nur betriebswirtschaftlichen, sondern auch politischen Kriterien Rechnung tragen soll, führen zu geringeren Margen und angespannten Finanzen. So scheint es auch mit einer reduzierten Ablieferung nicht möglich zu sein, die nötigen Reserven zu bilden. Durch die geplanten Investitionen in der Sparte Elektrizität werden zukünftig die jährlichen Abschreibungen zunehmen. Die Investitionen können nicht vollumfänglich aus dem Cashflow finanziert werden. Die Sparte Glasfaser belastet weiterhin das Gesamtergebnis der Stadtwerke. Der EBITDA reicht nicht aus, um die notwendigen Abschreibungen zu decken. Es gilt, eine Debatte zu führen, wie hoch die Ablieferung an den städtischen Haushalt in Zukunft sein muss, so das sichergestellt werden kann, dass die Stadtwerke für die Zukunft gerüstet sind. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

10. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Die GLP-FLiG hat folgende Themen schwerpunktmässig betrachtet: Reduzierte Abgabe Stadtwerke und allenfalls neue Regelung, Teuerungsausgleich Personal von 1,9 % der Lohnsumme, eingeschränkter Bäderbetrieb, Steuerfuss von 116 %. Ein weiteres Thema war die Mitgliedschaft im Hagelabwehrverband Ostschweiz, wozu wir in der Detailberatung einen Antrag stellen werden.

Vorgeschlagen wird auch im 2025 eine erneute Reduktion der Abgabe der Stadtwerke, womit wir auch nächstes Jahr auf Einnahmen zugunsten des Stadthaushalts verzichten. Eventuell kann die zuständige Stadträtin noch Stellung beziehen, auf welchen Betrag wir hier verzichten. Den theoretischen reglementarischen Betrag habe ich im IAFP und im Budget der Stadtwerke nicht gefunden. Es macht wahrscheinlich mehr Sinn, diese Ablieferung zukünftig am Anlagendeckungsgrad der Stadtwerke auszurichten, damit das Eigenkapital der Stadtwerke besser berücksichtigt wird. Dies ist notwendig, damit die Stadtwerke auch in Zukunft die notwendigen Investitionen in die Infrastrukturen tätigen können und sich vom Gaslieferanten hin zum Wärmelieferanten entwickeln können. Ausserdem werden weitere Investitionen bezüglich Smartgrid auf die Stadtwerke zukommen. Wir hoffen hier auf eine Vorlage im 2025.

Der Teuerungsausgleich für das Verwaltungspersonal von 1.9 % der Lohnsumme scheint zu hoch angesetzt. Die Regierung schlägt 1,1 % vor und die kantonale Finanzkommission 0,6 Prozent. Die GPK kann hier allenfalls die Diskussion heute lancieren. 1 % entsprechend rund CHF 180'000, womit eine Reduktion des Teuerungsausgleichs um 1,2 % auf neu 0,7 % CHF 216'000 einspart. Das ist genau die Zahl, die unten beim Gesamtergebnis als Aufwandüberschuss steht. Zugegeben sehr verlockend, wenn man nur rein auf den IAFP blickt und Zahlenspielererei mag. Es geht aber hier um mehr als Zahlenspielererei. Die Stadt muss am Arbeitsmarkt attraktiv bleiben.

Den eingeschränkten Bäderbetrieb auch im nächsten Jahr wieder weiterzuführen scheint uns keine Nachhaltige Politik zu sein. Im 2026 sollen werden dann die höheren Betriebskosten vom Parlament einfach wieder in Kauf genommen. Uns greift hier einfach die Argumentation zu kurz für den eingeschränkten Betrieb.

Beim Steuerfuss hat uns der Stadtpräsident wie schon im letzten Jahr auf nächstes Jahr vertröstet. Offenbar ist es klar, dass wir nicht um eine Steuererhöhung herumkommen. Er ist aber noch nicht bereit den Vorschlag zu machen um wieviele Prozent diese ausfällt. Er benötigt noch zwei Faktoren um genau zu rechnen. Vielleicht kann er dies hier auch nochmals genauer ausführen. Eine Aussage hat uns etwas beunruhigt. Nämlich die, dass es besser sei später einen grösseren Sprung im Steuerfuss zu machen als mehrere kleine nacheinander. Wir sehen hier das Gegenteil als bessere Option. Eine andere Aussage des Stadtpräsidenten hat uns dann schon wieder eher etwas beruhigt. Auch in Gossau werden keine Wunder geschehen welche uns auf einmal auf der Einnahmenseite einen Geldregen bescheren. Diese Einschätzung seitens des Stadtpräsidenten beurteilen wir als realistisch. Die GLP-FLiG ist für Eintreten.

11. **Florian Kobler (SP):** Jedes Jahr stehe ich hier und sage: Gossau muss sich entscheiden. In welche Zukunft wollen wir gehen? Es gibt aus Sicht der SP drei mögliche finanzpolitische Szenarien für die Stadt Gossau: Verschuldung, Leistungsabbau oder Steuererhöhung.

Eine weitere Verschuldung will die SP verhindern. Einen Leistungsabbau lehnt die SP kategorisch ab. Baut die Stadt Leistungen ab, wird sich das direkt auf die Zukunft von Gossau/Arnegg auswirken. Sie läuft Gefahr ihren Status, als attraktiver Wohn- und Arbeitsort zu verlieren. Um zum Thema «Steuererhöhung: Arnegg floriert und wächst und erhält bald ein neues Schulhaus. In der Stadt Gossau stehen weitere Module bei der Sportwelt an, zudem haben wir immer wichtige Infrastrukturprojekte, die noch nicht realisiert sind. Bushof, Pflegeheim, Bahnunterführung, Projekte im Langsamverkehr usw. Gossau steht vor grossen Herausforderungen, das macht auch der diesjährige IAFP deutlich.

In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist eine Steuererhöhung ein noch schwierigeres Thema, als sonst schon, aber gute öffentliche Dienstleistungen, eine gute städtische Infrastruktur und gute Bildung kommen oft besonders Menschen mit geringem Einkommen zugute, daher ist eine Steuerfusserhöhung zu einem gewissen Masse aus sozialer Sicht vertretbar.

In diesem Zusammenhang ein Blick auf die Einnahmen und zur Parkplatzbewirtschaftung: Gossau bietet Grasparkplätze ab 18 Uhr oder Parkplätze zu sehr günstigen Tarifen. Viele Leute von ausserhalb nutzen diese Parkplätze. Wir haben nichts davon, unterhalten aber die Infrastruktur. Hier müsste man ansetzen.

Die Stimmbevölkerung hat in den letzten Jahren immer wieder klar entschieden, dass in diesen «Wohn- und Arbeitsort Gossau» investiert werden soll. Wir müssen aber auch der Realität ins Auge sehen, dass dies kos-

tet, daher muss das Thema Steuerhöhung angesprochen werden. Das ständige «Klein-Klein» der Spardebatte bringt uns nicht weiter, ganz im Gegenteil, es fördert das Unverständnis in der Bevölkerung, siehe die letztjährige Budgetrückweisung und ihre Folgen. Die SP Fraktion fragt sich, was ist die Strategie des Stadtrats bezüglich Steuerfusserhöhung? Wir sind für Eintreten.

12. **Markus Rosenberger (SVP):** Ich glaube, auch kleine Schritte bringen uns zum Erfolg. Zu den kritisierten Gratisparkplätzen möchte ich festhalten, dass diese auch von auswärtigen Personen genutzt werden, die zum Einkaufen nach Gossau kommen. Damit generieren sie einen Mehrwert für die ansässigen Fachgeschäfte und Unternehmen.

Die SVP-Fraktion will ebenfalls keine höhere Verschuldung oder einen Leistungsabbau. Wir brauchen gute Dienstleistungen, aber wir brauchen nicht ausserordentlich gute oder ausgezeichnete Dienstleistungen. Und wenn wir unsere Aufgaben richtig machen, können wir eine Steuererhöhung auch noch etwas herauszögern.

Ich möchte dem Parlament etwas vorlegen, was mir von einem Unternehmen zugespielt wurde. Im Modul 1 der Sportwelt belaufen sich die Kosten aktuell über CHF 9 Mio. über dem von der Bevölkerung genehmigten Kredit. Die Ausschreibung für die Gärtnerarbeiten für das Modul 1 waren im November auf www.simap.ch publiziert. Ich möchte Ihnen einen Einblick in die Ausschreibung geben, welche die Stadt Gossau zusammen mit dem Landschaftsarchitekten gemacht hat, und Ihnen zeigen, was potenzielle Unternehmer eingeben müssen, um einen Auftrag der Stadt Gossau zu erhalten. Es geht um die Beschaffung oder um die gärtnerarbeiten Auswahl der Pflanzen in der Baumschule. Kostenübernahme für die Besichtigung der Pflanzen in der Baumschule mit vier Personen, inklusive Flugtickets innerhalb Europas, Hin- und Rückfahrt ab Bern und Gossau zum Flughafen, Spesen für Übernachtung und Verpflegung.

Ich frage mich, wo bleibt hier die Nachhaltigkeit? Ich kann ihnen auch sagen, es geht hier um Allerweltpflanzen, die auch hier erhältlich sind. Notwendiges von Wünschbarem trennen stelle ich mir anders vor. Es gibt noch mehr solcher Punkte, zum Beispiel die zwölf Meter langen Holzbänke für über CHF 30'000 pro Stück. Ich frage mich wirklich, wo der Wille zum Sparen ist.

13. **Stadtrat Florin Scherrer:** Meine Ausführungen beschränken sich auf die Streichungsanträge der GPK in der Investitionsrechnung. Vorab möchte ich festhalten, dass ich eine kritische GPK und einen konstruktiven Diskussionspartner auf Augenhöhe begrüsse. Die Art und Weise der Streichungsanträge hingegen ist äusserst kurzfristig und somit leider nicht konstruktiv. Eine Gesamtsicht über die verschiedenen Projekte liegt Ihnen mit dem IAFP vor. Investitionen dürfen nicht vollständig ausgesetzt werden. Tun wir dies dennoch, verschulden wir uns sowohl aus infrastruktureller als auch aus finanzieller Sicht. Und wir möchten keine marode Infrastruktur und die damit verbundenen Investitionen der nächsten Generation aufbürden.

Bei einem Bauprojekt gibt es verschiedene Stufen. Als Erstes werden Grundsatzabklärungen getätigt und die Machbarkeit eines Projektes durchleuchtet, damit dem Parlament etwas vorgelegt werden kann, wenn der entsprechende Kredit eingeholt werden soll. Würden die Planungskredite nicht etappiert ins Budget eingestellt, müssten die Ämter aus dem Bauch heraus Berichte und Anträge ans Parlament verfassen, welche schlicht und einfach nicht standhielten. Die Baumassnahmen und vor allem die Kosten- und Zeitprognosen wären willkürlich, da nicht fundiert abgeklärt. Wollen Sie das? Die Ausführungen des GPK-Präsidenten könnten zudem falsch interpretiert werden, wonach die Investitionsprojekte ohne politischen Prozess mit Parlament und Bevölkerung verantwortet werden dürfen. Dies ist nicht der Fall. Wenden sie diese Streichungsanträge in der Investitionsrechnung ab, sonst können wir die Grundsatzabklärungen gar nicht machen, um ins Parlament zu gelangen. Abschliessend ein kurzes Wort zur erwähnten Ausschreibung: Ich lese davon jetzt zum ersten Mal. Es ist selbstredend, dass wir hier in Kontakt treten.

14. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Letztes Jahr wurde das Budget zurückgewiesen. In der nachgelagerten Budgetdiskussion im Stadtparlament blieben aber die ganz grossen Würfe aus. Das war nicht sonderlich überraschend, denn sehr viele Ausgaben sind gebunden und gesetzlich vorgegeben. Und dort, wo wir steuern können, gibt es diverse gegenläufige Interessen oder sogar Zielkonflikte. Letztendlich reden wir von CHF 10'000 hier und CHF 20'000 da nach dem Motto: Auch viele kleine Vögelchen ergeben einen grossen

Braten. Das Problem dabei ist, dass, wenn viele kleine Vögelchen gestrichen werden, viele verschiedene Bevölkerungsgruppen getroffen und wütend werden.

Sparen ist schwer unpopulär. Aber wir müssen sparen und glauben Sie mir, der Stadtrat hat das erkannt. Ich begrüsse eine externe Kontrolle. Wenn Sie dafür CHF 65'000 ins Budget einstellen, haben Sie bitte im Hinterkopf, dass wir vor rund zwölf Jahren für das Sparprojekt Malik CHF 250'000 ausgegeben haben. Und dabei wurden nicht Sparmassnahmen im Umfang von CHF 250'000 eruiert. Es konnten also nicht einmal die Kosten für die Analyse hereingeholt werden.

Bezüglich einer möglichen Steuererhöhung ist es richtig, dass der Stadtrat Ihnen den schwarzen Peter zu-spielt. Sie sind das Parlament, das ist ihre Aufgabe. Wir beantragen eine Steuererhöhung und Sie werden darüber debattieren und Sie beschliessen oder zurückweisen. Aber am Ende des Tages sind Sie es, nicht der Stadtrat.

Wenn Sie im IAFP Investitionen streichen, erhöhen Sie bei diesen den Kostendruck und den Aufwand in den in den einzelnen Abteilungen massiv. Wir werden eine Wertediskussion führen müssen. Der Stadtrat kann die Dinge, die er beschliesst, auch wieder streichen. Ich bin mir nicht sicher, ob ich nächstes Jahr viele Streichungen durchbekomme, weil der Mut fehlt. Beim Buskonzept hatten Sie die Wahl, Nein zu sagen, aber Sie befürchteten eine Ausdünnung der Haltestelle Gerbhof. Der Mut wird Ihnen noch vielmehr fehlen in der Budgetdebatte, wenn wir Dinge streichen. Deshalb plant der Stadtrat im kommenden Jahr einen Antrag auf Steuerfusserhöhung.

Verschiedene Entwicklungsszenarien haben der Finanzleiter und ich dem Stadtrat vorgelegt. Was ist der Worst Case? Was ist der Best Case? Dazu brauchen wir nicht die Zahlen des Budgets, sondern die der Rechnung. Die Rechnung sollten wir viel intensiver diskutieren als das Budget, denn dort geben wir das Geld aus. Das Budget ist nur geplant. Wir wissen nicht, was wir wirklich auslösen. Wir müssen wahrscheinlich auch nächstes Jahr noch nicht die Steuern erhöhen, aber wir werden die Diskussion führen.

15. **Angelo Schwizer (Die Mitte), Präsident GPK:** Mit der vorgeschlagenen Analyse soll eine integrale Sichtweise erlangt werden und unvoreingenommen geprüft werden, wo Optimierungen möglich sind. Das Resultat soll eine Massnahmenliste sein.

Zu den Streichungen in der Investitionsrechnung möchte ich festhalten, dass diese nur vorläufig sind. Sie können bereits an der nächsten Parlamentssitzung entsprechende Kredite für die Projekte beantragen. Dabei müssen Sie entweder einen Gesamtkredit oder einen Planungskredit beantragen. Das haben wir in der Aussprache mit dem Stadtrat im vergangenen Jahr x-Mal thematisiert. Und schliesslich noch zum Eigenkapital: Das Eigenkapital ist eine buchhalterische Grösse. Sie haben dieses Geld nicht auf dem Konto.

III. Detailberatung

1. Zu Stadtwerke S. 18 Finanzplanung 2026 bis 2029:

- a. **Werner Bischofberger (SP):** Es laufen Abklärungen darüber, wie die Abgaben an den Stadthaushalt zukünftig gestaltet werden sollen. Solche Abklärungen sind meiner Meinung nach dringend nötig. Ich sehe dem Ergebnis der Abklärungen erfreut entgegen. Aus der Finanzplanung er sehe ich, dass die Stadt eigentlich jährlich CHF 3 Mio. erwartet. Aber im Sinne eines Puffers wird dieser Betrag dem budgetierten EBIT (betriebliches Ergebnis) angepasst. Im Budget 2025 wird mit einem Ertragsüberschuss von beinahe CHF 300'000 gerechnet. Hier scheint mir eine Erhöhung in Richtung der angestrebten CHF 3 Mio. möglich.

Der budgetierte Betrag unter der unsachgemässen Bezeichnung «Ablieferung an den Stadthaushalt» soll um CHF 100'000 auf CHF 2,1 Mio. erhöht werden.

Der vorgesehene Planungsbetrag 2026 bis 2029 von CHF 3 Mio. soll reduziert werden.

- b. **Stadträtin Claudia Martin:** Mit der Einführung des Stadtwerkreglements per 1. Januar 2019 wurde das Reglement «Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt» aufgehoben. Die Begriffe wurden unverändert übernommen und wären im Zuge einer Revision gegebenenfalls anzupassen, wenn die Kommission dannzumal fände, dass der Begriff «unsachgemässe Ablieferung» nicht stimmte.

Die aktuelle Regelung ist im Art. 25 Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Grundes festgehalten. Die Stadtwerke entschädigen den allgemeinen Haushalt für die Nutzung des öffentlichen Grundes. Die Entschädigung wird bemessen aufgrund der betriebsnotwendigen Vermögenswerte für Elektrizität, Erdgas und Trinkwasser. Diese werden gemäss den Bestimmungen des übergeordneten Rechts zu Gunsten des Stadthaushaltes verzinst. Der aus der Verzinsung resultierende Betrag wird in der Regel zu 100 % der Stadtrechnung zugeführt.

Der abzuliefernde Betrag wird jährlich mit dem Budget festgelegt. Die Stadtwerke haben per 31. Dezember 2023 ein Anlagevermögen von CHF 96 Mio. ausgewiesen. Das Eigenkapital beträgt zu diesem Zeitpunkt CHF 55.5 Mio. Das Darlehen der Stadt Gossau wird ordentlich verzinst. Im übergeordneten Recht ist kein verbindlicher Zinssatz definiert. Der vom Eidgenössischen Department für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) jährlich bekanntgegebene WACC ist der kalkulatorische Maximalwert für die gesamten Kapitalkosten, welcher für die Strompreiskalkulation angewendet werden darf.

Der WACC ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht für die Stadtwerke wichtig. Er beinhaltet die gewichteten Kapitalkosten, wobei die Eigenkapitalkosten und die Fremdkapitalkosten differenziert betrachtet werden.

Der WACC wird jährlich vom UVEK für die Stromversorgung berechnet und wird für das Folgejahr als Maximalwert der eingesetzten Kapitalkosten für die Strompreise akzeptiert. Für die Trinkwasserversorgung wird empfohlen einen 10 % tieferen Ansatz zu wählen. Der Preisüberwacher empfiehlt für die Gasversorgung die Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals auf maximal 3 % zu reduzieren.

Berechnungen beinhalten immer auch einen Risikoanteil. Im Jahr 2023 lag der Zinssatz bzw. die Rendite langfristiger Schuldverschreibungen der Schweiz im Durchschnitt bei etwa 1,05 %.

Wie bereits erwähnt, weisen die Stadtwerke ein gesamtes Anlagevermögen von rund 96 Mio. Franken per Ende Dezember 2023 aus. Bei einer budgetierten Abgabe von CHF 2 Mio. beträgt der kalkulierte Zinssatz 2.08 %.

Sollte die Abgabe auf CHF 2.1 Mio. erhöht werden, so würde der kalkulierte Zinssatz 2,19 % betragen. Bei Anwendung des WACC-Maximalzinses von 3,98 % für 2025 wäre das eine Ablieferung von ca. CHF 3,8 Mio.

Es geht weniger um die Frage der Erhöhung der Abgabe von CHF 2 auf 2.1 Mio. Vielmehr gilt es zu beachten, dass die Stadtwerke den Ausbau der Netze vorantreiben müssen, um die gestiegenen Anforderungen, bedingt durch die Energiestrategie und den Ausbau der erneuerbaren Energien, bewältigen zu können.

Die Auswirkungen des «Mantelerlasses», den die Bevölkerung am 9. Juni 2024 mit 68,7 Prozent Ja-Stimmen angenommen hat, sind aktuell schwierig abschätzbar. Eines ist aber bereits klar: es wird teuer! Die Umsetzung dieses Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien wird die Stadtwerke in der nächsten Legislatur stark beschäftigen. «Den Fünfer und das Weggli» wird es wohl nicht geben oder anders gesagt: Die Zeiten von Millionen Ablieferungen in den Stadthaushalt bei gleichzeitigem Netzausbau sind vorbei.

Mit der vorgeschlagenen Ablieferung an die Stadt wird den Stadtwerken ermöglicht, die anstehenden Investitionen in den Ausbau der Netze zu einem grösseren Anteil aus eigener Geschäftstätigkeit zu finanzieren. Durch höhere Abgaben müssten die Stadtwerke zusätzlich Fremdkapital beschaffen, was zu einer grösseren Verschuldung führt. Dies hat wiederum direkten Einfluss auf die zukünftigen Energiepreise für die Gossauer Industrie, das Gewerbe und die Bevölkerung.

Der geplante Betrag für die Ablieferung an den Stadthaushalt wurde aus den Planwerten der Vorjahre übernommen. Von den genannten CHF 3 Mio. wurde lediglich für die beiden Jahre 2024 und 2025 abgewichen, da sich deutliche Verwerfungen am Energiemarkt ergeben haben. Diese haben sich zwischenzeitlich wieder stabilisiert. Zur zukünftigen Planung für die Abgabe an den Stadthaushalt sind Untersuchungen in Arbeit, wie ein Abgabemodell an die Stadt aussehen könnte, das den jeweiligen Erträgen entspricht und dem geplanten, permanenten Aufwandüberschuss entgegenwirkt. Mit der Neubesetzung der Geschäftsführung soll dem Thema verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden, so dass für den Budget-Prozess 2026 dem Stadtrat ein Vorschlag unterbreitet werden kann.

- c. **Werner Bischofberger (SP):** Ich sehe, dass die CHF 3 Mio., die für die kommenden Jahre geplant sind, intern noch diskutiert werden, und ziehe den zweiten Antrag zurück. Den ersten Antrag halte ich aufrecht. Ich denke, man kann diese CHF 100'000 durchaus als zusätzliche Einnahme in den Stadthaushalt gebrauchen und wird die Stadtwerke auch nicht an den Rand der Verschuldung führen.
- d. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Wird der WACC-Zinssatz bei der Festsetzung der Netzgebühren miteingerechnet? Was müssen die Stromkunden abgeben? Wie hoch sind die Gebühren bei den Netzkosten? Geben die Stadtwerke den reduzierten Zinssatz an die Stromkunden weiter oder zahlen die Stromkunden die Rechnung mit vollen WACC-Zinssatz?
- e. **Stadträtin Claudia Martin:** Der WACC-Maximalzinssatz beinhaltet einen sehr hohen Risikoanteil. Die Investitionen ins Netz dürfen durch die Netzkosten finanziert werden.

Der Antrag wird abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

- 2. Aufnahme «Externe Analyse zur Sanierung des Stadthaushaltes» von CHF 65'000 im Sachaufwand

- a. **Werner Bischofberger (SP):** Ich halte den den Stadtrat für so kompetent, dass er in Finanzfragen selber zu den nötigen Schlüssen kommt. Es bringt nichts, wenn wir jetzt nochmals einen Spezialisten dahinter gehen lassen, obwohl alle Probleme aufgedeckt sind und man weiss, was man anpacken muss. Der Stadtpräsident hat vor einem Jahr angesprochen, wie er weiter planen. Massgebend für mich ist das Gesamtergebnis. Der Stadtrat habe vor einem Jahr bereits angedeutet, dass, wenn die Aufwertungsreserve nicht mehr bezogen werden kann, die Massnahmen greifen müssen. Die Aufwertungsreserve muss meiner Meinung nach eingerechnet und der Bevölkerung zurückgegeben werden. Entweder durch die Beibehaltung des Steuerfusses oder um die nötigen Investitionen zu finanzieren. Den Steuerfuss muss man irgendwann erhöhen. Idealerweise in kleinen Schritten, bis man im Jahr 2036 keine Aufwertungsreserve mehr beziehen kann.
- b. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Ich begrüsse diesen Kredit für diese externe Analyse. Auch der Stadtpräsident begrüsst ihn. Und ich kann mir vorstellen, dass die Analyse auch dem Parlament guttut. Und ich hoffe, dass im Rahmen der Analyse auch die Einnahmenseite geprüft wird.
- c. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Ziel der Analyse ist eine unvoreingenommene integrale Sichtweise. Und die Abhandlung des gesamten operativen Geschäfts. Es geht auch darum, allfällige Verbesserungen aufzuzeigen. Wenn auf der Aufwandseite keine, oder nur wenige Verbesserungen auszumachen sind, wird die Einnahmenseite geprüft. Schlussendlich soll ein ausgeglichenes Budget resultieren.
- d. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Ich begrüsse die externe Analyse, weil ich weiss, dass die Stadt nichts zu verstecken hat. Die Prüfer werden vielleicht das Eine oder Andere finden, aber es wird nicht der fette Braten sein, den wir uns alle erhoffen. Wichtig ist, dass der Stadtrat und das Parlament anschliessend Entscheide fällen. Und wir müssen über die Aufgaben reden und eine Wertediskussion führen, ob wir in einem grossen Dorf oder in einer Kleinstadt leben wollen.
- e. **Florian Kobler (SP):** Bei der Analyse muss die Einnahmenseite zwingend angeschaut werden, sollte das Parlament dieser zustimmen. Wer bestimmt schlussendlich, wer diese externe Analyse macht?

- f. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Die Führung des Stadthaushaltes ist Aufgabe des Stadtrates. Die GPK unterbreitet dem Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag. Das operative Geschäft ist nicht unser Thema. Ich kann Ihnen versichern, dass bei der Analyse auch die Einnahmenseite angeschaut wird.

Der Antrag wird angenommen. (24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

3. Streichung «Zusätzliche Stelle im Unterhaltungsdienst» und entsprechende Reduktion von CHF 92'600 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)
- a. **Florian Kobler (SP):** Warum wird diese Stelle benötigt?
- b. **Stadtrat Florin Scherrer:** Der Arbeitsanfall im Unterhaltungsdienst steigt seit Jahren kontinuierlich an. Dafür gibt es verschiedene Treiber. Ausserdem werden die Unterhaltsarbeiten immer anspruchsvoller. Aufgrund von verschiedenen neuen Überbauungen in Gossau wurden in den letzten zehn Jahren rund drei Kilometer neue Strassenwege und Trottoirs erstellt und sechs Kilometer Kanalisationsleitungen erstellt, für die der Unterhaltungsdienst zuständig ist. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Und Last but not least, hat auch das Littering in den letzten zehn Jahren leider stark zugenommen und zu einem durchschnittlichen jährlichen Zusatzaufwand von 2'480 Stunden geführt. Dazu kommen noch 10 bis 15 Prozent einer Vollzeitstelle für nicht messbares Littering, das sozusagen einhergehend mit weiteren Arbeiten beseitigt wird. Fakt ist, dass wir für ein weiterhin sauberes Gossau diese zusätzliche Stelle brauchen. Mitarbeitende sind am Anschlag und es kommt vermehrt zu Ausfällen. Das ist auch der Grund, weshalb der Stadtrat und speziell ich als Departementsvorsteher diese Stelle als zwingend erforderlich einstufen. Aktuell kann der Unterhaltungsdienst nicht alle anfallenden Arbeiten bewerkstelligen, weshalb ein Teil der Arbeiten outgesourct werden muss. Mit der zusätzlichen Stelle kann hingegen ein Arbeitsinsourcing von rund CHF 30'000 erwartet werden. Dieser Stellenantrag ist gut durchdacht und die Gründe dafür sind vielseitig. Ich bitte sie daher nochmals ausdrücklich, diesem Streichungsantrag nicht zuzustimmen.
- c. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Der Antrag für eine neue Stelle im Unterhaltungsdienst passt nicht ganz zur Reduktion des baulichen Unterhalts, dem das Parlament in bei der Überprüfung der Verwaltungsstrukturen und -prozesse und bei der Budgetrückweisung zugestimmt hat.
- d. **Stadtrat Florin Scherrer:** Die Reduktion des baulichen Unterhalts im Hochbauamt betrifft vor allem Spielplätze und bauliche Unterhaltsmassnahmen städtischer Infrastrukturen. Dafür ist nicht der Unterhaltungsdienst des Tiefbauamtes zuständig.
- e. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Die Überlegung der GPK ist, dass zuerst die Ergebnisse der Analyse abgewartet werden und erst im Nachgang neue Stellen beschlossen werden. Es geht darum, dass nicht mit dem Budget bereits Fakten geschaffen werden und vorgegriffen wird.
- f. **Markus Rosenberger (SVP):** Dieses Jahr war ein intensives Jahr für den Unterhaltungsdienst mit der G24 und dem 1200-Jahr-Jubiläum. Auch wenn wir einiges auslagern müssen, glaube ich nicht, dass dies eine neue Stelle rechtfertigt. Mit dem Bau des Moduls 1 der Sportwelt wurde uns zugesichert, dass auch die Synergien bezüglich Unterhalt besser genutzt werden können.
- g. **Stadtrat Florin Scherrer:** Wir haben eine Analyse durchgeführt, wie das Zusammenspiel zwischen Facility Management und Unterhaltungsdienst optimiert werden kann. Das Jubiläumswochenende ist kein gutes Beispiel, da viele Dienstleistungen hierfür extern eingekauft werden mussten.
- h. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Für mich ist die neue Stelle nachvollziehbar und ich werde dieser zustimmen. Vielleicht noch ein Wort zum Marschhalt, bis die externe Analyse abgeschlossen ist. Das sehe ich nicht so. Die Analyse soll parallel laufen.
- i. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Ich würde gerne die Spielregeln des Marschhalters verstehen. Wir machen also diese Analyse und diese kommt zum Schluss, dass wir die Stelle brauchen. Dann budgetieren wir die Stelle oder bringen einen neuen Antrag unter dem Jahr?

- j. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Der GPK geht es darum, dass wir das erste Quartal bis zum Vorliegen der Analyse abwarten und erst dann über neue Ausgaben sprechen. Auf Basis der Erkenntnisse können dann neue Ausgaben diskutiert werden.
- k. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Vorgängig der Parlamentssitzung habe ich 20 mit der Stadt Gossau vergleichbare Orte angeschaut. Wenn ich vergleiche, wieviel Franken wir pro Einwohner ausgeben, gibt es nur zwei Orte, die massiv günstiger sind. Die Verwaltung ist nicht das Problem. Die ist hoch effizient.
- l. **Markus Rosenberger (SVP):** Bei der neu zu schaffenden Stelle geht es darum, dass es der Unterhaltsdienst auch dieses Jahr geschafft hat und es auch nächstes Jahr schaffen wird, wenn auch mit externer Unterstützung.
- m. **Stadtrat Florin Scherrer:** Ich würde gerne in ein paar Jahren verkünden, dass das Littering zurückgegangen ist und wir die Stelle nicht mehr brauchen. Fakt ist aber, dass Littering und Sachbeschädigungen stetig zunehmen und es eine Gratwanderung ist zwischen fehlenden Personalressourcen, das Littering nicht aufzuräumen oder halt eben dem Littering doch einigermassen entgegen zu wirken.

Der Antrag wird angenommen. (21 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

- 4. Streichung «Erhöhung Entschädigungen Parlament und Kommissionen» und entsprechende Reduktion von CHF 14'000 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)
- a. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** An der Januarsitzung wird das neue Entschädigungsreglement beraten. Das Präsidium hat einen Entwurf ausgearbeitet, der kostenneutral sein wird.

Der Antrag wird angenommen. (25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

- 5. Reduktion «Kommunikation Legislaturplanung» von CHF 30'000 um CHF 10'000 auf CHF 20'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 18)
- a. **Itta Loher (SP):** In der kommenden Legislatur soll auf einen Flyer verzichtet werden. Ausser einer schönen Flugaufnahme von Gossau und Bildern und Namen der Stadträtinnen und Stadträte sowie Gemeinplätzen und Absichtserklärungen ist darauf nichts Wegweisendes zu entdecken. Wir würden es bevorzugen, wenn die Legislaturplanung in konkretisierte Form auf der Website aufgeschaltet wäre.

Auf die Kommunikation soll verzichtet werden. Einsparung CHF 30'000.

- b. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Mit den im Budget gestellten CHF 30'000 wird nicht nur die Kommunikation der Legislatutziele, sondern deren gesamte Erarbeitung mittels Workshops und Interviews abgedeckt. Da es verschiedene Möglichkeiten gibt, die Bevölkerung zu informieren, kann der Stadtrat gut mit dem Antrag der GPK leben.
- c. **Itta Loher (SP):** Kommunikation beginnt in der halbwegs genauen Beschreibung des Budgetpostens einer Regelung oder eine Forderung. Wenn hinter der Angabe «Kommunikation Legislaturziele» mehr steckt, wäre eine adäquate Beschreibung angebracht.
- d. **Werner Bischofberger (SP):** Wenn wir in der SP Legislaturziele festlegen, sitzen wir zusammen, diskutieren und schreiben auf, was wir wie erreichen wollen. Wozu braucht der Stadtrat Workshops?
- e. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** In den Workshops werden die Legislaturziele mit einer externen Moderation erarbeitet und konsolidiert.

Gegenüberstellung Anträge GPK und SP

Der Antrag der GPK erhält 23 Stimmen.

Der Antrag der SP erhält 4 Stimmen.

Gegenüberstellung Anträge GPK und Stadtrat:
Der Antrag der GPK erhält 27 Stimmen.
Der Antrag des Stadtrats erhält 0 Stimmen.

6. Streichung «Funktionszulagen», «Mehraufwand Treueprämien», «Externes Case Management» nach neuem Personalrecht und entsprechende Reduktion von CHF 70'000 im Personalaufwand (IAFP, S. 18)

- a. **Florian Kobler (SP):** Als Präsident der vorberatenden Kommission Personalreglement möchte ich anmerken, dass diese Treueprämien im neuen Personalreglement vorgesehen sind, das voraussichtlich am 1. Januar 2026 in Kraft treten wird. Entsprechend kann der Betrag nächstes Jahr ins Budget 2026 eingestellt werden.

Der Antrag wird angenommen. (25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

7. Streichung «Biodiversität» und entsprechende Reduktion von CHF 40'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 18)

- a. **Markus Rosenberger (SVP):** Im Budget 2025 sind CHF 40'000 für die Erarbeitung einer Stadtklimastrategie eingestellt. Dieser Betrag soll gestrichen werden, da derselbe Betrag für denselben Zweck bereits in der Investitionsrechnung vorgesehen ist.

Der Antrag wird angenommen. (27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

8. Reduktion «GESAK-Update» von CHF 75'000 um CHF 30'000 auf CHF 45'000 im Sachaufwand (IAFP, S. 19)

Der Antrag wird angenommen. (27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

9. Reduktion «Quote für den Teuerungsausgleich» von 1,9 % um 1,3 % auf 0,6 % und entsprechende Reduktion von CHF 304'137 im Personalaufwand (IAFP, S. 21)

- a. **Florian Kobler (SP):** Die GPK beantragt einen Teuerungsausgleich von 0,6 %. Das ist aus unserer Sicht zu wenig, denn die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung machen einen hervorragenden Job. Zum Argument, dass mit den 0,6 % dem Kanton gefolgt wird, ist anzumerken, dass es auch Jahre gab, in denen das Stadtparlament nicht dem Kanton gefolgt ist. Wir haben heute bereits zahlreiche Streichungen beschlossen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist es für die Stadt wichtig, als Arbeitgeber attraktiv zu sein.

Reduktion «Quote für den Teuerungsausgleich» von 1,9 % um 0,8 % auf 1,1 % und entsprechende Reduktion von CHF 187'161 im Personalaufwand

- b. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Der Antrag der SP scheint mir legitim. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die unteren Lohnstufen beim Teuerungsausgleich vermehrt berücksichtigt werden.

- c. **Stadträtin Claudia Martin:** Der Kantonsrat hat heute einen Teuerungsausgleich von 0,6 % beschlossen.

- d. **Markus Rosenberger (SVP):** In der Privatwirtschaft gibt es einige Firmen, die schon lange keinen Teuerungsausgleich mehr bezahlen, weil sie es einfach nicht können. Ich unterstütze deshalb den Antrag der GPK.

- e. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Ich bin gegen eine Aufteilung des Teuerungsausgleichs zulasten der oberen Lohnbänder. Denn auch die Kaufkraft dieser Löhne schwindet mit der Teuerung. Ich begrüsse den Antrag der SP.

- f. **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Ich möchte daran erinnern, dass zusätzlich zum Teuerungsausgleich 0,6 % für strukturelle und 0,4 % für individuelle Lohnerhöhungen im Budget eingestellt sind. Damit verfügt der Stadtrat über ausreichend Spielraum, um allfälligen Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Gegenüberstellung Anträge GPK und SP:
Der Antrag der GPK erhält 20 Stimmen.
Der Antrag der SP erhält 7 Stimmen.

Gegenüberstellung Antrag GPK gegen Antrag Stadtrat
Der Antrag der GPK erhält 24 Stimmen.
Der Antrag des Stadtrats erhält 3 Stimmen.

10. Kündigung der Mitgliedschaft im Hagelabwehrverband Ostschweiz (HavOs) bis 31. Dezember 2024 und somit ordentlicher Austritt aus dem Hagelabwehrverband HaVos per Ende 2025. Finanzwirksame Kosteneinsparung ab 2026 von CHF 13'000 jährlich im Konto 103007 Pflanzenbau.
- a. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Der HavOs ist die letzte in der Schweiz verbliebene Organisation, die versucht, mit Silberjodidraketen, Hagel zu verhindern oder abzuschwächen. Dabei werden Raketen auf Gewitterwolken geschossen und die Gewitterwolken geimpft. Eine Rakete enthält etwa 15 Gramm Silberjodid. Das ist ein Salzkristall, der Feuchtigkeit aufsaugt. Der HavOs wird hauptsächlich von Thurgauer Gemeinden getragen. Gossau ist die südlichste Gemeinde dieses Verbandes.

In den 50er-Jahren schossen Hagelabwehrverbände wie Pilze aus dem Boden. Ein Experiment der ETH in den Jahren 1977 bis 1983, der sogenannte «Grossversuch 4», bei dem mit riesigen russischen «Oblako»-Hagelraketen auf Gewitterwolken geschossen wurde, verlief absolut wirkungslos. Während sechs Jahren wurden 150 Wolken geimpft und 150 nicht geimpft. Aus den geimpften Wolken hagelte es genauso oft wie aus den nicht geimpften. Aufgrund der schweizweit grossen Skepsis musste 2017 auch die Schweizerische Vereinigung für Hagelbekämpfung dichtmachen.

Ab 2018 wollte noch der Versicherungskonzern Baloise mit Einsatz eines Hagelfliegers Hagel verhindern. Ein Hagelflieger kann viel mehr Silberjodid und dies viel Präziser in die Aufwinde der Gewitterwolken einbringen. Dieser Flieger flog während sechs Jahren fast überall im Mittelland. Vor etwa zwei Monaten ist auch dieser Flieger gegroundet, da die Wirkung nicht messbar nachgewiesen werden konnte. Meteorologen waren erstaunt, dass überhaupt jemand nochmals versucht, die Wirkung wissenschaftlich nachzuweisen. Ein Meteorologe erklärt es so: Totaler Humbug ist es nicht. Im Labor funktioniert das, in der Praxis aber eher nicht.

Wir bitten sie unseren Antrag zu unterstützen und den Stadthaushalt an dieser sinnvollen Stelle jährlich wiederkehrend zu entlasten.

- b. **Alois Künzle (SVP):** Der Hagelabwehrverband ist eine überregionale Organisation, die Hagelschäden sowohl in der Landwirtschaft als auch bei privaten Liegenschaften und Autos verhindert. Hier muss überregional gedacht werden. Umgerechnet auf die Grösse des Gemeindegebietes und die Anzahl Einwohner resultiert ein Unkostenbeitrag von CHF 40 pro Einsatz. Die Hagelraketen werden vom Hagelabwehrverband finanziert. Im Hinblick auf die zunehmenden Wetterextreme, die uns immer wieder heimsuchen und Schäden verursachen, wäre es unklug, die Mitgliedschaft im Hagelabwehrverband zu kündigen.
- c. **Markus Rosenberger (SVP):** Die VBK «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» hat die Verbandszugehörigkeit eindringlich diskutiert und entschieden, dass die Stadt Gossau diese weiterführen soll. Es ist neben der Organisationsstruktur, der rechtzeitigen Alarmierung und der Arbeit der Freiwilligen auch entscheidend, dass das Verbandsgebiet geschlossen ist.
- d. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Gossau impft die Wolken für die Nachbargemeinden. Und wenn Gossau aussteigt, sind die Nachbargemeinden schutzlos dem Hagel ausgeliefert. Es geht darum, dass Gossau seine nachbarschaftlichen Verpflichtungen wahrnimmt.
- e. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Im Nachgang an den ausserordentlich starken Hagelschlag letzten Frühling habe ich mit einem Gemüsebauern im Niederdorf gesprochen, der vom Hagel getroffen worden war. Er sagte, er müsse alle Salate neu ansäen. Die Mitgliedschaft als südlichste Gemeinde des Hagelabwehrverbandes nützt nichts, da wir im Bedarfsfall nur von den Gemeinden im Norden geschützt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. (12 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, Stichentscheid Präsident).

11. Im Departement IFK, bei der Aufgabe 1250, Stadtentwicklung, sind die Personalkosten um CHF 120'000 (ca. 100 Stellenprozente) zu kürzen.
 - a. **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Falls zurzeit eine Stelle vakant ist, soll diese nicht mehr besetzt werden. Falls zurzeit alle Planstellen besetzt sind, soll die Stelle bei der nächsten Vakanz nicht mehr besetzt werden (Leitung Stadtentwicklung ausgenommen). Aufgrund der Kürzung werden keine Kündigungen ausgesprochen. Es wird erwartet, dass wegfallende Stellenprozente nicht durch andere Mitarbeitende der Stadt Gossau oder durch externe Leistungserbringer kompensiert werden. Hingegen wird erwartet, dass Planungsprojekte nicht initiiert, gestrichen, verschoben oder die Verfahren vereinfacht werden.

Mehrere Deponieprojekte sind bei der Bearbeitung durch die Stadt weggefallen und gehen zur Weiterbearbeitung an den Kanton. Dies macht Personalressourcen frei. Der Wegfall einer Planstelle, erhöht den Druck auf den Stadtrat, nur noch dringliche Entwicklungsprojekte anzustossen und insbesondere die Mitwirkungsverfahren zu vereinfachen. Damit einhergehend verringern sich auch Kosten für externe Planungsdienstleister sowie für Beteiligungen an Sondernutzungsplänen und Beiträge an Private für Arealentwicklungen.

Mir wurde vorgängig von der Stadtkanzlei mitgeteilt, dass die Stadtentwicklung eine gebundene Ausgabe und der Antrag deshalb nicht zulässig sei. Ich möchte folgendes ergänzen: Der Antrag ist, wie schon gesagt, im Zusammenhang mit diesen Bedingungen zu sehen und daher meines Erachtens gültig. Wenn die Stelle 2019 vom Parlament genehmigt wurde, muss es doch möglich sein, diese wieder zu streichen oder zu kürzen.

- b. **Markus Rosenberger (SVP):** Es kann doch nicht sein, dass eine einmal vom Parlament gesprochene Stelle nie mehr gestrichen bzw. gekürzt werden kann. Sollte das so sein, können wir aufhören, über Personalstellen, Prozente und so weiter zu diskutieren.
 - c. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Das Stadtparlament kann global das Personalbudget kürzen, aber nicht auf Kostenstellen oder einzelne Mitarbeitende zielen. Die Stadtentwicklung hat trotz laufender Ortsplanungsrevision in den letzten Jahren viele Vorhaben in Gossau ermöglicht und damit die Existenz von Unternehmen gesichert oder deren Zuzug ermöglicht. Das künftige Substrat wird massgeblich durch die Projekte der Stadtentwicklung bestimmt. Wir müssen dort investieren, wo wir einen Return of Investment haben und das ist nun mal in der Stadtentwicklung der Fall. Zurzeit prüft die Stadtentwicklung über 100 Mitwirkungsbeiträge zu Ortsplanungsrevision und arbeitet rund 70 Einsprachen zur Schutzverordnung ab. Das ist wichtig, wenn wir die Ortsplanungsrevision erfolgreich durchbringen wollen. Und wir haben Investoren, die warten, dass sie mit dem neuen Planungsinstrument endlich erarbeiten können.
 - d. **Werner Bischofberger (SP):** Die Stadtentwicklung plant die Zukunft unserer Stadt und arbeitet zurzeit neben der Ortsplanungsrevision an einer Stadtklimastrategie und an Massnahmen zur Klimaanpassung. Gossau, das kein Amt für Umwelt und keine Nachhaltigkeitsstrategie hat, kann vor den Herausforderungen der nächsten Jahre nicht die Augen verschliessen. Warum soll man genau dort Stellen einsparen, wo sie eigentlich ausgebaut werden sollen?
 - e. **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Ich wehre mich dagegen, dass dieser Antrag einfach abgeschmettert wird aufgrund einer Abklärung, die man heute mündlich vom Amt für Gemeinden erhalten hat. Ich verlange, dass über diesen Antrag abgestimmt wird. Allenfalls unter dem Vorbehalt, dass man im Nachhinein dessen Rechtmässigkeit prüft. Und ich möchte wissen, auf welchen Rechtsgrundlagen diese Abklärung beruht.
 - f. **Stadtschreiberin Beatrice Kempf:** Die Stelle wurde im Budget 2019 als neue Ausgabe eingestellt und vom Parlament genehmigt. Damit ist die Ausgabe gebunden. Das Amt für Gemeinden teilt die Auffassung, dass dieser Antrag nicht zulässig ist. Sie können nicht im Dezember an der Budgetsitzung für das folgende Jahr Stellen im Bestand streichen oder kürzen. Sie können neu beantragte Stellen ablehnen, so wie Sie es vorhin getan haben. Aber Sie können nicht bestehende Stellen streichen. Demgegenüber gelten im Kantonsrat andere gesetzliche Grundlagen und es gibt dort das Instrument der Personalaufwandsteuerung.

- g. **Markus Rosenberger (SVP):** Wir wollen keine Stellen streichen. Es geht darum, dass, wenn eine Stelle vakant ist, diese nicht mehr besetzt wird. Und wenn die Stelle vakant ist, ist es keine gebundene Ausgabe mehr.
- h. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Ich habe Sie bereits letztes Jahr gebeten, Ihre Anträge frühzeitig bekannt zu geben, damit die Stadtkanzlei ausreichend Zeit für Abklärungen hat. Sie sind nun mit der Antwort des Amtes für Gemeinden nicht zufrieden. Das kann ich gut nachvollziehen, wäre ich an ihrer Stelle auch nicht, aber es ist die Antwort, die wir zurzeit haben.
- i. **Florian Kobler (SP):** Die Stadtschreiberin hat den Antrag mit dem Amt für Gemeinden neutral und professionell abgeklärt. Und wir diskutieren, ob der Antrag nicht doch zulässig ist. Ich werde nicht abstimmen bei der Frage der Zulässigkeit.
- j. **Andreas Oberholzer (SVP):** Ich erinnere an die letzte Parlamentssitzung, wo ebenfalls kompetent abgeklärt wurde, ob ein Ratsreferendum zulässig ist.

Abstimmung Zulässigkeit Antrag:

Der Antrag wird für zulässig erklärt. (16 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Der Antrag wird angenommen. (14 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

12. Zu Bau Umwelt Verkehr, S. 118, Konto 3110 Strassen und Plätze

- a. **Werner Bischofberger (SP):** Erstaunt stelle ich fest, dass die Einnahmen der Parkgebühren CHF 310'000 betragen, das dünkt mich arg wenig. Noch mehr erstaunt, dass die Parkbussenerträge CHF 200'000 ausmachen. Davon abzuziehen sind CHF 80'000 für die Kontrollen des ruhenden Verkehrs durch den Sicherheitsverbund. Eine Verdoppelung der Kontrollen zur Erzielung von doppelt so vielen Busseneinnahmen wäre der falsche Ansatzpunkt. Trotzdem sollten die Erträge für die Nutzung öffentlicher Flächen als Parkplatz gesteigert werden. Dabei sind nicht einmal die Mehreinnahmen das Wichtigste, sondern die Nutzung des sinnvollsten Transportmittels: Zu Fuss gehen, das Velo oder den ÖV benutzen oder doch eben das Auto nehmen. Höhere Kosten für Parkplätze helfen bei der Wahl. Eine Erhöhung der Erträge sollte unbedingt vertieft betrachtet werden. Eine Gelegenheit ergibt sich, wenn der zweite Nachtrag zum Parkierungsreglement erneut traktandiert wird. Der zweite Nachtrag wurde vom Parlament mit zwei Aufträgen an den Stadtrat zurückgewiesen. Seither wartet das Parlament auf die erneute Vorlage des Geschäfts.
13. Im Konto 3010, Sportanlagen: Bäder, ist der Betrag um CHF 85'000 zu erhöhen für ein geöffnetes Hallen- und Freibad für alle.
- a. **Claudia Kretz-Büsser (FDP):** Der Stadtrat beantragt eine Wiederholung des Parlamentsentscheids vom 19. März 2024, den Betrieb des Hallenbades nur für Schulen, Vereine oder Kurse von anfangs Juni 2025 bis Ende August 2025. Dem Freibad wiederum steht eine verkürzte Saison an. Im Frühsommermonat Mai sowie im Spätsommermonat September werden die Türen verriegelt. Der Preisnachlass für diese Sparmassnahme lautet CHF 85'000. Für uns stimmt das Kosten-/Nutzenverhältnis nicht überein: Für einen Privathaushalt sind CHF 85'000 ein riesiger Betrag. Für den städtischen Haushalt mit einem budgetierten Kernaufwand im Jahr 2025 von CHF 95 Mio. stehen die CHF 845'000 in einem Verhältnis von 1:1'100.

Mit Blick auf den vergangenen Sommer, waren von diesem Missverhältnis die Kinder am meisten betroffen, welche mit ihren Eltern draussen vor verschlossener Hallenbadtüre ausharren mussten, während ihre Geschwister schwimmen lernten. Kinder jeglichen Alters brauchen täglich mehrere Stunden Bewegung, um gesund aufzuwachsen. Weil die Stadt Gossau im Hallenverbund Appenzell Ausser rhoden, St. Gallen und Bodensee angeschlossen ist, hat sie auch eine Verantwortung ausserhalb unserer Gemeinde. Die fünf Berggemeinden Gossau, Herisau, St. Gallen, Wittenbach und Romanshorn werden finanziell von 16 weiteren Gemeinden unterstützt. Es ist demnach nicht fair gegenüber den Verbundgemeinden, wenn das Hallenbad für die Öffentlichkeit wieder für drei Monate geschlossen bleibt.

Den Gossauer Hallen- und Freibadbetrieb sehen Markus Meister (GLP-FLiG), Florian Kobler (SP) und ich als Service public an, und zwar nur, wenn man die Bäder auch nutzen kann.

- b. **Markus Meister (GLP-FLiG):** Das ist eine «Gossauerei»: Kinder stehen im Sommer vor verschlossenen Türen im Hallenbad. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen und das Hallenbad auch im Sommer für alle offen zu halten.
- c. **Thomas Künzle (SVP):** Begrüsst die Streichung angesichts der finanziellen Situation des Stadthaushaltes.
- d. **Florian Kobler (SP):** Wir sollten uns an St. Gallen orientieren. Dort hat man ähnliche Kürzungen zurückgenommen und behält einen Badmeister.
- e. **Stadtrat Florin Scherrer:** Der Stadtrat beantragt im Rahmen des Budgets den Bäderbetrieb analog 2024, weil er fürs 2025 angesichts der finanziellen Situation und der Neueröffnung des neuen Hallenbads im Jahr 2026 hinter dieser Lösung stehen kann. Hauptgrund ist aber vor allem der, dass der Stadtrat mit dieser Massnahme der Empfehlung des Parlamentes im Rahmen der Behandlung des Postulatberichts "Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren" gefolgt ist. Der kommunizierte Sparbeitrag von rund CHF 85'000 kann voraussichtlich eingehalten werden. Die Frage des Bäderbetriebs ist vor allem auch eine politische, deshalb würde sich der Stadtrat auch nicht gegen einen anderslautenden Antrag wehren.

Der Antrag wird abgelehnt (13 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

14. Investitionsrechnung Stadthaushalt

- a) Streichung «Rathaus, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)
 - b) Streichung «Kindergarten Bachstrasse, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)
 - c) Streichung «SH Othmar, Erneuerung» (IAFP, S.3.61)
 - d) Streichung «Sportwelt Modul 2» (IAFP, S. 161)
 - e) Streichung «Sporthalle Buechenwald, Grillstation» (IAFP, S. 161)
 - f) Streichung «Familienzentrum» (IAFP, S. 161)
 - g) Streichung «Bahnhofstrasse; Bahnhof-Bachstrasse» und «Bahnhofstrasse; Bachstrasse-St.Gallerstrasse»; «Quellenhofstrasse; Bahnhofstrasse-Lindenwiesstrasse» (je IAFP, S. 162) und «Bahnhofstrasse, gestalterische Massnahmen (IAFP, S. 163)
 - h) Streichung «Tellstrasse; Kreuzung Haldenstrasse-Höhenweg» (IAFP, S. 162)
 - i) Streichung «Parkplatzbewirtschaftung, Anpassung» (IAFP, S. 162)
 - j) Streichung «Parkleitsystem: Einführung» (IAFP, S. 162)
 - k) Streichung «Wiesenbach; Rückhaltebecken» (IAFP, S. 163)
 - l) Streichung «Stadtklima: Massnahmen Klimaanpassung; Konzept; Definieren von komm. Klimazielen» (IAFP, S. 163)
 - m) Streichung «Schulhaus Gallus, Pausenplatz» (IAFP, S.164)
 - n) Streichung «TH Lindenberg; Teilsanierung» (IAFP, S. 164)
 - o) Streichung «SH Lindenberg; Erneuerung» (IAFP, S. 164)
- a. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Was möchte die GPK mit ihren Anträgen erreichen?
 - b. **Stadtrat Florin Scherrer:** Man kann Investitionen aufschieben. Das führt aber zu einer kalten Verschuldung. Zur «Sporthalle Buechenwald, Grillstation» möchte ich festhalten, dass die eingestellten CHF 150'000 eine Budgetzahl sind, keine Bauabrechnung. Entstanden ist der Betrag aufgrund einer internen Aufwandschätzung zuzüglich der erwarteten Teuerung. Der Betrag kann selbstverständlich reduziert werden. Dazu haben bereits Überlegungen stattgefunden: Mit CHF 70'000 und einer pragmatischen Umsetzung mit Freiwilligen könnte der angestrebte Zweck bereits erfüllt werden. Vielleicht gelingt es ja, mit Fronarbeit verschiedener Vereine die Kosten noch weiter zu senken.
 - c. **Florian Kobler (SP):** Die SP-Fraktion lehnt die Streichungsanträge der GPK ab. Sie bedeuten Stillstand. Stillstand wollen wir nicht. Ich appelliere an Sie, diese Anträge abzulehnen.

- d. **Markus Rosenberger (SVP):** Ich mache beliebt, den Antrag betreffend Streichung Grillstation getrennt von den übrigen Streichunganträgen zu behandeln. Die GPK beabsichtigt mit den Streichunganträgen einen Marschhalt. Künftig soll der Stadtrat jeweils rechtzeitig die entsprechenden Planungs- und Projektierungskredite gemäss den Finanzkompetenzen einholen. Das Parlament möchte wieder mehr Planungssicherheit und Transparenz über künftige Projekte haben. In den letzten zehn Jahren wurden im Parlament nur die Planungs- und Projektierungskredite zu den Sportwelten behandelt.
- e. **Stadtrat Wolfgang Giella:** Unter den Streichungspositionen der GPK befinden sich auch Projekte, an denen die Stadt Gossau zusammen mit anderen Gemeinden arbeitet, wie etwa das Rückhaltebecken am Wiesenbach. Die Gesamtsumme wird sich schlussendlich auf rund CHF 14 bis 18 Mio. belaufen. Hintergrund der Planung sind mehrere Grundstücke, die aufgrund der Hochwassergefahr wegen des fehlenden Rückhaltebeckens nicht bebaut werden können. Die Stadt Gossau hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Projekt nun vorangetrieben wird und Sie streichen jetzt die erforderlichen Mittel.
- f. **Markus Rosenberger (SVP):** Im Budget 2025 sind für das Rückhaltebecken Wiesenbach CHF 50'000 eingestellt. In den Planjahren 2026 und 2027 sind aber weit höhere Beträge eingestellt. Diese gilt es vorgängig im Parlament mittels eines Planungs- und Projektierungskredites abzuholen. Das Amt für Gemeinden hat uns empfohlen, die Einholung dieser Kredite in Zukunft zu prüfen.
- g. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Die GPK ist sich aufgrund des langen Planungshorizontes und in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse des Stadthaushaltes nicht sicher, ob die Projekte, die jetzt in Angriff genommen werden, einst überhaupt finanzierbar sein werden. Sicher wird das Parlament irgendwann über die Vorlagen abstimmen können. Das Problem ist aber, dass bis dann soviel Geld für die Planung und Projektierung ausgegeben worden ist, dass das Parlament nur noch «Ja» oder «Ja» sagen kann. Uns geht es darum, dass das Kreditrecht eingehalten wird mittels rechtzeitiger Einholung von Planungskrediten. Indem das Parlament die Anträge der GPK annimmt, macht es letztlich nichts Anderes, als dass es auf seine Kreditkompetenz pocht.
- h. **Werner Bischofberger (SP):** Unter dem Begriff «Streichung des Kredits» verstehe ich, dass das Projekt gestoppt wird. Das heisst, dass also das Modul Sportwelt 2 nicht weiterbearbeitet wird.
- i. **Markus Meister (GLP-FLiG):** Wenn ich Angelo Schwizers (Die Mitte) und Markus Rosenbergers (SVP) Ausführungen zuhöre, scheint mir, dass in der Vergangenheit die Planungs- und Projektierungskredite nicht korrekt eingeholt worden sind.
- j. **Stadtrat Florin Scherrer:** Die Einholung von Planungs- und Projektierungskrediten ist ein schwieriges Thema. Da gibt es nicht richtig und falsch, sondern lediglich verschiedenen Arten der Handhabung. Beim Projekt Bahnhofstrasse wird bereits das Vorprojekt dem Parlament vorgelegt, da es ein politisch schwieriges Projekt mit verschiedenen Ansprüchen ist. Man muss sich einfach auch bewusst sein: Je früher wir mit Vorlagen ans Parlament gelangen, desto ungenauer sind diese bezüglich den erwarteten Kosten.
- k. **Angelo Schwizer (Die Mitte):** Ein Projekt, das jetzt aus der Investitionsrechnung gestrichen ist, ist nicht für ein ganzes Jahr auf Eis gelegt. Der Stadtrat kann dem Parlament umgehend einen Kreditantrag stellen. Mit der rechtzeitigen Einholung von Planungs- und Projektierungskrediten wird auch der Grundsatz der Einheit der Materie gewahrt.
- l. **Stadtrat Florin Scherrer:** Natürlich kann der Stadtrat mittels einer Parlamentsvorlage auch unterjährig einen Kredit einholen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch zu bedenken geben, dass für die parlamentarische Baukommission in der zweiten Jahreshälfte mit vier gleichzeitig zu beratenden Geschäften eine Grenze bezüglich der Anzahl von Geschäften erreicht worden ist, die von einer Kommission im Milizbetrieb vernünftig beraten und besprochen werden kann. Wenn der Stadtrat nun für Kleinbeträge jeweils eine Parlamentsvorlage ausarbeiten soll, wird die parlamentarische Baukommission noch viel mehr Geschäfte vorzubereiten haben.
- m. **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Es ist nicht so, dass man jetzt alle Projekte ein Jahr ruhen lassen muss. Ich nehme jetzt exemplarisch das Projekt Gesamterneuerung Rathaus: Im Budget 2025 sind hierfür CHF 240'000

eingestellt, im Planjahr 2026 CHF 300'000, im Planjahr 2027 CHF 500'000, im Planjahr 2028 CHF 250'000 und im Planjahr 2029 CHF 600'000. Das ergibt rund CHF 2 Mio., aber es wird noch nicht gebaut. Wir können nicht während fünf Jahren mehrerer CHF 100'000 bewilligen und nicht wissen, wofür diese überhaupt benötigt werden. Ich unterstütze den Antrag der GPK.

- n. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Die GPK möchte, dass der Stadtrat transparent aufzeigt, was ein Projekt von Beginn der Planung weg bis zur Realisierung kostet. Das ist legitim.
- o. **Stadtrat Florin Scherrer:** Es geht um die Frage, wann und wo Planungs- und Baukosten im Stadtrat und im Parlament abgeholt werden. Ich gehe davon aus, dass dies in der Vergangenheit korrekt gemacht worden ist. Wir werden prüfen, ob dem so gewesen ist, und, wenn es irgendwo nicht korrekt gelaufen sein sollte, dies zukünftig ändern. Beim Projekt Rathaus ist geplant, im Jahr 2025 mit einer separaten Parlamentsvorlage einen Planungs- und Projektierungskredit abzuholen. Dafür braucht es aber vorgängig eine Machbarkeitsstudie.
- p. **Martina Uffer (GLP-FLiG):** Das Amt für Gemeinden hat uns gesagt, dass das, was so im IAFP steht, nicht korrekt ist. Der Stadtrat muss zuerst einen Projektierungskredit im Parlament abholen, bevor er mit der Planung und Projektierung von so grossen Projekten beginnt. Ich weiss nicht, warum wir hier noch darüber diskutieren. Wenn wir nicht wissen, ob das korrekt ist, dann haben wir ein Problem. Und unsere Auskunft kommt vom Amt für Gemeinden. Der Stadtrat kann dem Parlament morgen schon einen Kreditantrag vorlegen und weiterplanen.

Streichung «Sporthalle Buechenwald, Grillstation» (IAFP, S. 161)

Der Antrag wird angenommen. (22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Streichung «Rathaus, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)

Streichung «Kindergarten Bachstrasse, Gesamterneuerung» (IAFP, S. 161)

Streichung «SH Othmar, Erneuerung» (IAFP, S.3.61)

Streichung «Sportwelt Modul 2» (IAFP, S. 161)

Streichung «Sporthalle Buechenwald, Grillstation» (IAFP, S. 161)

Streichung «Familienzentrum» (IAFP, S. 161)

Streichung «Bahnhofstrasse; Bahnhof-Bachstrasse» und «Bahnhofstrasse; Bachstrasse-St.Gallerstrasse»; «Quellenhofstrasse; Bahnhofstrasse-Lindenwiesstrasse» (je IAFP, S. 162) und «Bahnhofstrasse, gestalterische Massnahmen» (IAFP, S. 163)

Streichung «Tellstrasse; Kreuzung Haldenstrasse-Höhenweg» (IAFP, S. 162)

Streichung «Parkplatzbewirtschaftung, Anpassung» (IAFP, S. 162)

Streichung «Parkleitsystem: Einführung» (IAFP, S. 162)

Streichung «Wiesenbach; Rückhaltebecken» (IAFP, S. 163)

Streichung «Stadtklima: Massnahmen Klimaanpassung; Konzept; Definieren von komm. Klimazielen» (IAFP, S. 163)

Streichung «Schulhaus Gallus, Pausenplatz» (IAFP, S.164)

Streichung «TH Lindenber; Teilsanierung» (IAFP, S. 164)

Streichung «SH Lindenber; Erneuerung» (IAFP, S. 164)

Die Anträge werden angenommen. (20 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

IV. Beschluss

1. Es werden folgende Budgets 2025 genehmigt:

- a) Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 35'960'000)
- b) Erfolgsrechnung Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 216'000)
- c) Festsetzung der Ablieferungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt auf CHF 2 Mio.
- d) Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 14'921'000)
- e) Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 299'000)

Die Anträge werden angenommen. (27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

2. Die Steuersätze für das Jahr 2025 werden wie folgt festgelegt:

- a) Gemeindesteuer 116 % (wie bisher)
- b) Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

Die Anträge werden angenommen. (27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

2024-545

Sitzung vom 3. Dezember 2024

01.70.400

Zustellung am

Volksmotion Schwalbenstrasse; Verschiebung

I. Grundlagen

1. Grundlage ist der Bericht und Antrag vom 26. September 2024 mit folgendem Antrag:
 1. Auf die Volksmotion wird nicht eingetreten.
2. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeitdauer soll das Geschäft an der Parlamentssitzung vom 7. Januar 2025 beraten werden.

II. Beschluss

1. Das Geschäft wird an der Parlamentssitzung vom 7. Januar 2025 beraten. (21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Stadtparlament

Der Präsident

Stadtschreiberin

Pascal Fürer

Beatrice Kempf

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 3. Januar 2025 genehmigt.